Die Wiener Volkspartei
Rathausklub

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Dr. Michael GORLITZER, Peter L. EPPINGER, Mag. Laura SACHSLEHNER und Mag. Bernadette ARNOLDNER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Kultur und Wissenschaft)

betreffend Attraktivierung des Stephan-Rudas-Preises

Psychische Erkrankungen stellen immer noch ein Tabu dar und werden oft nicht ernst genommen. Psychisch erkrankte Menschen werden immer wieder stigmatisiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Gerade die Covid-Krise hat aufgezeigt, dass psychische Erkrankungen jede und jeden treffen können. Umso wichtiger ist es, dass das Thema in der Öffentlichkeit sensibel damit umgegangen wird.

Der Stephan-Rudas-Preis, benannt nach dem Wiener Facharzt für Psychiatrie und Neurologie, wurde für eine differenzierte und sensible Medienberichterstattung zum Thema psychische Erkrankungen ins Leben gerufen. Eingereichte Beiträge dienen dazu, das Wissen über psychische Erkrankungen zu fördern und einer Stigmatisierung entgegenzusteuern.

Den Lockdowns der letzten Jahre aber auch dem immer steigenden Leistungsdruck geschuldet, brauchen immer mehr Wienerinnen und Wiener, vor allem auch viele Kinder psychotherapeutische und psychiatrische Betreuung. Deswegen ist es wichtig, besonders in den Wissenschaftsbereich zu investieren und unter anderem auch Arbeiten und Berichterstattungen zu diesem sensiblen Thema zu unterstützen. Daher muss der Stephan-Rudas-Preis attraktiver werden, damit psychische Erkranken in der Gesellschaft sichtbarer gemacht werden.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat ersucht die Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, finanzielle Mittel aus dem Wissenschaftsbereich für die Attraktivierung des Stephan-Rudas-Preises aufzustellen, um Tabus, Scham und Verdrängung rund um das Thema psychische Erkrankung entgegenzuwirken.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 28.06.2022

Die Wiener Volkspartei
Rathausklub

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Mag. Laura SACHSLEHNER, Peter L. EPPINGER, Mag. Bernadette ARNOLDNER und Dr. Michael GORLITZER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Kultur und Wissenschaft)

betreffend Denkmal für Roma und Sinti in Wien

Während der NS-Zeit wurden in Österreich zwischen 4.000 und 5.000 Roma und Sinti ermordet. 77 Jahre sind seit dem NS-Terror vergangen und ein würdiges Mahnmal für den sogenannten Porajmos, dem Genozid an Roma und Sinti, gibt es in Österreich bisher noch nicht.

Im November 2021 wurde im Ostarrichi-Park eine Shoah-Gedenkmauer mit 64.440 eingravierten Mauern eröffnet, um den ermordeten österreichischen Jüdinnen und Juden würdig zu gedenken.

Im Koalitionsabkommen von SPÖ und NEOS ist das Vorhaben nach einer Verortung des Gedenkens für Roma und Sinti zu finden, aber laut Regierungsmonitor bisher noch nicht umgesetzt bzw. noch nicht in Umsetzung. Kürzlich präsentierte Kulturstadträtin Kaup-Hasler einen Entwurf für ein Denkmal, das den Opfern der NS-Homosexuellen-Verfolgung gedenken soll. Ebenso braucht es in Bälde ein ebenso würdiges Denkmal für Roma und Sinti.

Wünschenswerterweise sollte ein solches Genozid-Mahnmal beim nächsten Internationalen Tag der Roma am 8. April 2023 bereits an einem zentralen Ort in der Bundeshauptstadt Wien bestehen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat ersucht die amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, einen Wettbewerb für das Roma und Sinti Denkmal zu starten und die erforderlichen finanziellen Mittel aufzustellen, um ehestmöglich ein würdiges Genozid-Mahnmal für die mehreren Tausend ermordeten Roma und Sinti erstellen zu können.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 28.06.2022

Die Wiener Volkspartei
Rathausklub

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Dr. Michael GORLITZER, Peter L. EPPINGER, Mag. Laura SACHSLEHNER, Mag. Bernadette ARNOLDNER, Dr. Katarzyna GRECO und Sabine KERI, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Kultur und Wissenschaft)

betreffend Förderung von Forschungsarbeiten und Studien zu Gendermedizin

Lange war der Mann in der Medizin die Norm für Experimente und klinische Studien, deren Erkenntnisse ungeprüft auf Frauen übertragen worden sind. Mittlerweile ist bekannt, dass die Symptomatik bei Frauen und Männern unterschiedlich ist, so auch die Wirkung von Medikamenten. Gendermedizin hat inzwischen einen wichtigen Platz in der Wissenschaft und Forschung eingenommen und gewinnt auch in den Arztpraxen immer mehr an Bedeutung.

In der Gendermedizin ist eine vermehrte Grundlagenforschung jedoch notwendig, um die epidemiologischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen näher zu beleuchten und Zusammenhänge für die Unterschiede zwischen den Geschlechtern herausfinden zu können. Dies schafft schließlich die Basis für neue Therapieansätze für das bisher benachteiligte Geschlecht.

Um eine lebenslange, gendergerechte, medizinische, psychosoziale und pflegerische Versorgung sicherzustellen, ist es essentiell, dass Gendermedizin mehr Beachtung im Gesundheitssystem findet, einerseits durch einen verstärkten Fokus auf Gendermedizin bei der medizinischen Ausbildung und anderseits im wissenschaftlichen Bereich mittels Forschungsförderungen und klinischer Studien, die geschlechtsspezifische Analysen berücksichtigen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat ersucht die amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft und die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, in Zusammenarbeit mit der Medizinischen Universität Wien einen Forschungsfonds für Gendermedizin einzurichten und ein entsprechendes Budget aus dem Wissenschaftsbereich sowie aus dem Frauenbereich zur Verfügung zu stellen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 28.06.2022

Die Wiener Volkspartei
Rathausklub

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Dr. Michael GORLITZER, Peter L. EPPINGER, Mag. Laura SACHSLEHNER und Mag. Bernadette ARNOLDNER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Kultur und Wissenschaft)

betreffend Förderung von wissenschaftlichen Arbeiten und Studien zum Thema Antisemitismus in Wien

Vor dem Hintergrund des dunkelsten Kapitels in der österreichischen Geschichte, den unentschuldbaren Gräueltaten und menschenverachtenden Verbrechen des NS-Terrors, liegt das Gedenken aller Opfer von Verfolgung und Ermordung während der NS-Zeit in der historischen Verantwortung Österreichs. Neben der Erstellung von Denkmälern und der Benennung von Straßen und Plätzen nach Jüdinnen und Juden, ist es wichtig, dass es auch weiterhin eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus gibt.

Mit etwa 50.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und über 200.000 Studentinnen und Studenten, ist Wien ein bedeutender Forschungsstandort im deutschsprachigen Raum. Zurecht bezeichnet die Fortschrittskoalition in ihrem Programm Wien als Stadt der Wissenschaft. Um diesem Ruf auch gerecht zu werden, braucht es ausreichend Förderungen um den Standort weiterzuentwickeln.

Laut Angaben des Bundeskanzleramtes hat Österreich noch immer mit Antisemitismus zu kämpfen. So dokumentiert die Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde Wien 585 Vorfälle im Jahr 2020 und sogar 965 antisemitische Vorfälle im Jahr 2021, was eine Zunahme von 65 Prozent seit 2020 ist. Diese erschreckenden Zahlen zeigen auf, dass eine Auseinandersetzung mit dem Thema unabdinglich ist.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert die amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft auf, einen Wissenschaftsfonds für wissenschaftliche Arbeiten und Studien zum Thema Antisemitismus in Wien zu etablieren und hierfür budgetäre Mittel aufzustellen, um diesem hochaktuellen Thema mehr Bedeutung zu verleihen und zukünftig die Wienerinnen und Wiener noch mehr zu sensibilisieren.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 28.06.2022

Die Wiener Volkspartei
Rathausklub

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Peter L. EPPINGER, Mag. Laura SACHSLEHNER, Mag. Bernadette ARNOLDNER und Dr. Michael GORLITZER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Kultur und Wissenschaft)

betreffend Mehr Musikschulen für Wien

Wien ist eine internationale Musikmetropole mit einer langen musikalischen Tradition aber auch vielen neuen, jungen Künstlerinnen und Künstlern sowie einem vielfältigen Musikangebot. Um weiterhin eine erfolgreiche Musikhauptstadt zu sein, ist es wichtig die Szene ausreichend zu fördern und Entwicklungspotenziale zu entfalten. Leider hat man in der Vergangenheit Investitionen in eine Ausweitung des Angebots an Musikschulen zur Förderung neuer Generationen von Musikerinnen und Musikern vernachlässigt.

Den musikbegeisterten Wienerinnen und Wienern stehen in nur 15 Bezirken Musikschulen der Stadt Wien zur Verfügung. Insgesamt haben dabei nur fast 13.000 Kinder und Jugendliche einen Platz – und das in einer Stadt mit knapp zwei Millionen Einwohnern. Im Bundesländervergleich hat Wien damit den niedrigsten Wert an Musikschülerinnen und -schülern. In Niederösterreich, das bevölkerungsmäßig ähnlich groß ist, gibt es 126 Musikschulen.

Aus einer Anfragebeantwortung geht hervor, dass im Schuljahr 2019/2020 nicht einmal ein Drittel der an einem Musikschulplatz interessierten Kinder schlussendlich auch einen bekommen hat. Das Interesse ist sehr hoch, entsprechend sind auch die Wartelisten, besonders bei den beliebten Instrumenten Klavier, Gitarre und Violine. Seitens der zuständigen Stellen der Stadtregierung wurde in den letzten Jahren leider nichts unternommen, um der Entwicklung entgegenzuwirken. Vielmehr belegen Zahlen, dass in Wien seit dem Schuljahr 2011/12 3.810 Plätze abgebaut wurden.

Aber nicht nur das städtische Angebot an Musikschulen ist unzureichend, auch die öffentlichen Förderungen für private Anbieter wurden von den zuständigen Mitgliedern der Stadtregierung in den letzten Jahren stark reduziert. Betrug das Gesamtfördervolumen im Schuljahr 2018/2019 noch 647.500 Euro, waren es im Schuljahr 2020/2021 nur mehr 554.000 Euro; ein Rückgang von satten 15 Prozent.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat ersucht die amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, sich in Zusammenarbeit mit weiteren zuständigen Ressorts dafür stark zu machen, das Musikschulangebot in Wien auszubauen, sodass es mittelfristig in jedem der 23 Wiener Gemeindebezirke eine solche gibt. Darüber hinaus sollen die Förderungen an private Musikschulanbieter ausgebaut werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 28.06.2022

Die Wiener Volkspartei
Rathausklub

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Peter L. EPPINGER, Mag. Laura SACHSLEHNER, Mag. Bernadette ARNOLDNER und Dr. Michael GORLITZER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Kultur und Wissenschaft)

betreffend Regelmäßige Updates zum Pratermuseum

Schon seit längerer Zeit steht fest, dass es ein neues Pratermuseum in Wien geben soll und hiermit die Wiener Museumslandschaft aufgewertet werden soll. Im Juni 2021 wurde im Gemeinderat das geplante Projekt im Wert von 1,6 Millionen Euro auch einstimmig angenommen. Ein Jahr später im Juni 2022 gibt es plötzlich neue Pläne: es soll ein neues ökologisches Projekt geben, dass um 2,5 Millionen Euro teurer sein soll als das ursprüngliche und somit insgesamt 4,16 Millionen Euro Steuergeld kosten soll.

Im Sinne der Transparenz, die sich die Stadtregierung ganz groß zuschreibt, und im Sinne einer gepflegten Diskussionskultur aber auch im Interesse jedes Steuerzahlers und jeder Steuerzahlerin, die schließlich von allen Parteien im Gemeinderat vertreten werden, braucht es künftig regelmäßige Updates zu großen Projekten, wie eben das Pratermuseum.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert die amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft auf, künftig regelmäßig die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Kultur und Wissenschaft über den Status Quo des Pratermuseums und allfällige Änderungen betreffend Projekt an sich sowie über die Projektdauer und die Projektkosten zu informieren.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 28.06.2022

Die Wiener Volkspartei
Rathausklub

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Peter L. EPPINGER, Mag. Laura SACHSLEHNER, Mag. Bernadette ARNOLDNER und Dr. Michael GORLITZER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Kultur und Wissenschaft)

betreffend Update Wiener Kulturstrategie

Wien braucht eine visionäre Kulturpolitik mit konkreten Zielsetzungen und einer klaren Strategie, die in weiterer Folge als Richtlinie für kulturpolitische Entscheidungen, für die Arbeit der Kulturverwaltung und für die Profilierung Wiens als österreichische Kulturhauptstadt dienen soll. Die Erarbeitung einer Wiener Kulturstrategie 2030 ist lt. Angaben der Kultur-Stadträtin eines ihrer wichtigsten Vorhaben, das auch im Regierungsprogramm der SPÖ und NEOS verankert ist. Aus einer Anfragebeantwortung der Stadträtin aus dem April 2021 und einer Nebenbemerkung im Rahmen der Gemeinderatssitzung am 27. Mai 2021 geht hervor, dass bereits seit Herbst 2019 ein Prozess zur Erarbeitung einer Wiener Kulturstrategie stattfindet.

Der Prozess einer solchen Strategieentwicklung braucht natürlich Zeit für ausreichenden Austausch von Expertinnen und Experten. Im Jahr 2021 hat die ÖVP mittels Beschlussanträgen und Anfragen regelmäßige Updates an den Gemeinderatsausschuss für Kultur und Wissenschaft zum Status Quo gefordert. In einer schriftlichen Stellungnahme der Stadträtin vom 30. September 2021 wird behauptet, Informationen über den Fortschritt des Prozesses würden jedenfalls gerne transparent weitergeben werden und auch zur Erarbeitung einzelner Handlungsfelder würden die Mitglieder des Ausschusses eingeladen werden.

Seitdem ist fast ein dreiviertel Jahr vergangen und zum Thema Wiener Kulturstrategie ist seitens der Stadträtin im Gemeinderatsausschuss keinerlei neue Information übermittelt worden. Es kann nicht sein, dass die Mitglieder des Kulturausschusses weiterhin lediglich nach Rückfrage über den Prozess mit minimalsten Informationen vertröstet werden. Um dem eigenen Anspruch der Kulturstadträtin, demzufolge es einen „breit angelegte(n) Beteiligungsprozess mit Expertinnen aus Kunst und Kultur, Stadtplanung und Stadtentwicklung, Soziales und Gesellschaftspolitik, Bildung und Integration und mit Kulturschaffenden“ geben soll, gerecht zu werden, muss der Prozess so offen und transparent wie möglich ausgestaltet sein. Dies bedarf jedenfalls auch die regelmäßige Einbindung der Ausschussmitglieder.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat ersucht die amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, dem Gemeinderatsausschuss für Kultur und Wissenschaft ein regelmäßiges Update zur Erarbeitung der Wiener Kulturstrategie zu geben und diesen auch mehr in den Prozess einzubinden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 28.06.2022

Die Wiener Volkspartei
Rathausklub

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Mag. Laura SACHSLEHNER, Peter L. EPPINGER, Mag. Bernadette ARNOLDNER und Dr. Michael GORLITZER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Kultur und Wissenschaft)

betreffend Wiener Kunst- und Kulturleitsystem

Viele Wiener Kunst- und Kultureinrichtungen, sowohl die prominenteren als auch die nur einem kleineren Publikum bekannten, die nicht unbedingt auf Hauptrouten und im Stadtzentrum gelegen sind, werden von Touristinnen und Touristen aus dem In- und Ausland, aber auch von sehr vielen Wienerinnen und Wienern nicht erkannt bzw. schlicht nicht gefunden oder sind aufgrund ihrer „Unsichtbarkeit“ überhaupt unbekannt.

Die Bezirke unserer Stadt verfügen über wunderbare Kultureinrichtungen, die in den dortigen Grätzeln allerdings ein Dasein abseits der öffentlichen Wahrnehmung pflegen, weil es kein effektives, modernes und einheitliches Kunst- und Kulturleitsystem in unserer Stadt gibt.

Die Verantwortlichen der einzelnen Museen, Theater oder Ateliers versuchen, mit eigenen Mitteln auf ihre Häuser aufmerksam zu machen. Ein gut erkennbares und stadtweit homogenes Kunst- und Kulturleitsystem sowie eine attraktive Gestaltung der Hinweistafeln, wie es bereits in vielen europäischen Städten üblich ist, zusätzlich versehen mit QR-Codes bzw. weiterführenden Informationen, wäre allerdings zielführender. Kultur soll in Wien noch sichtbarer werden, nicht nur im Zentrum der Stadt, sondern auch in den Außenbezirken Wiens.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat ersucht die amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, in Abstimmung mit den zuständigen Stellen des Magistrats sowie den maßgeblichen Verantwortlichen der Wiener Kunst- und Kultureinrichtungen ein einheitliches und modernes Kunst- und Kulturleitsystem zu konzipieren und in weiterer Folge zu realisieren, damit Kultur in unserer Stadt noch sichtbarer wird.

Dabei sollen vor allem Kultureinrichtungen in den Außenbezirken berücksichtigt werden, damit diese unter der heimischen Bevölkerung und auch unter den Gästen bekannter werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 28.06.2022

Die Wiener Volkspartei
Rathausklub

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Peter L. EPPINGER, Mag. Laura SACHSLEHNER, Mag. Bernadette ARNOLDNER und Dr. Michael GORLITZER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Kultur und Wissenschaft)

betreffend Wiener Landeshymne

Acht von neun österreichischen Bundesländern besitzen eine offizielle Landeshymne als kollektiven Identitätsfaktor für die Bürgerinnen und Bürger. Lediglich Wien, das immerhin 1920 zu einem eigenen Bundesland wurde, verfügt nach wie vor über keine offizielle Hymne und das obwohl sich die Stadt selbst als Weltstadt der Musik sieht und eine reiche Musikvielfalt bietet.

Die aus der geschichtlichen Tradition resultierende relativ starke Eigenständigkeit der österreichischen Bundesländer brachte es mit sich, dass im Laufe der Geschichte Zug um Zug eigene Landeshymnen eingeführt bzw. bereits vorhandene Heimatlieder legislativ in den Rang von Landeshymnen erhoben wurden. Das erste Bundesland mit offizieller Landeshymne war Kärnten, das 1911 mit dem Lied "Dort wo Tirol an Salzburg grenzt“ den ersten Schritt gesetzt hat. Das – vorerst – letzte Bundesland war Niederösterreich im Jahr 1965.

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gab es immer wieder inoffizielle Bemühungen und Wettbewerbe, eine Wiener Landeshymne zu initiieren. Diese sind, wohl auch mangels offizieller Unterstützung durch die zuständigen Stellen des Landes Wien, allesamt im Sand verlaufen. Vor dem Hintergrund der Trennung Niederösterreichs und Wiens 1922 und des diesjährigen 100-Jahre Jubiläums der endgültigen Eigenständigkeit der beiden Bundesländer, wäre es wünschenswert, wenn die Frage nach einer eigenen Wiener Landeshymne nun endlich auf offiziellem Weg geklärt und in Zusammenarbeit mit Wiener Musikerinnen und Musikern ein Lied für Wien komponiert wird.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass das Bundesland Wien eine eigene Landeshymne erhalten soll. Demgemäß ersucht er die zuständigen Stellen des Landes Wien, einen Prozess unter Einbindung der Wienerinnen und Wiener zu initiieren, im Zuge dessen ein Text und eine entsprechende Vertonung ermittelt werden sollen. Die fixierte Landeshymne soll schließlich dem Wiener Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 28.06.2022